

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:35 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Richard Woldmer

### ANWESENDE:

#### SPD

Ratsherr Richard Woldmer  
Beigeordneter Bernd Bornemann  
Ratsherr Richard Janssen  
Ratsfrau Marianne Pohlmann  
Ratsherr Ihno Slieter

#### CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Hinrich Odinga

#### FDP

Ratsherr Meinhard Meißner für Beigeordneten Erich Bolinius  
Beigeordnete Hillgriet Eilers  
Ratsherr Franz Melles

### Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen  
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

### Beratende Mitglieder

Herr Johann Janssen  
Herr Richard Lüppen

### Von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz  
FB-Leiter 300 Patrick de La Lanne  
FB-Leiter 400 Wolfgang Münch  
FDL 380 Günter Freundorfer  
FDL 361 Andreas Docter  
Stellvertr. FDL 361 Ulrich Fortmann  
Protokollführerin Elke Bokker

### Als Gäste

Frau Elke van Zadel und Herr Conrad Vink, Büro Schnüll, Haller und Partner

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Einleitend gedenkt **Herr Woldmer** zum 60igsten Jahrestag der Opfer des Nationalsozialismus` und weist auf die Veranstaltung der Schülerinnen und Schüler des Johannes-Althusius-Gymnasiums hin. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Sachsen fordert er die Anwesenden auf, sich für ein freies Deutschland` und für freie Bürger zu bekennen und im Stadtentwicklungsausschuss auch weiterhin deutliche Zeichen zu setzen (Rede siehe Anlage).

Nach einer anschließenden Schweigeminute begrüßt **Herr Woldmer** alle Anwesenden, insbesondere Frau van Zadel und Herrn Vink (Büro Schnüll, Haller und Partner) sowie die anwesenden Pressevertreter und Bürger, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

- Punkt 15, Vorlage 14/1515-00 „Rückbau Busspur“; - Antrag der CDU-Fraktion vom 04.01.2005, wird Punkt 5
- Punkt 14, Vorlage 14/1513-00 „Leerstandswohnungen in Barenburg“; - Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004, wird Punkt 8
- Punkt 13, Vorlage 1512-00 Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, einspuriger Verkehr und Parkmöglichkeiten vor der Post; - Anfrage FDP-Fraktion vom 13.12.2004, wird Punkt 9

sodass die Tagesordnung sich wie folgt gliedert:

- |     |                    |   |
|-----|--------------------|---|
| 5.  | 14/1515-00         | <b>Anträge von Fraktionen/Gruppen</b><br>Rückbau der Busspur:<br>- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.01.2005   |
| 6.  | 14/492-00          | <b>Mitteilungsvorlage</b><br>Sanierung Barenburg – Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt Barenburg“ – Zwischenbilanz 1999 - 2004                           |
| 7.  | 14/1488-00         | <b>Beschlussvorlage</b><br>Bebauungsplan D 82 A, 3. Änderung (Stadtteil Barenburg, Grüner Weg, Wilhelm-Hauff-Straße)<br>- Aufstellungsbeschluss (Stadium I) |
| 8.  | 14/1513            | <b>Anträge von Fraktionen/Gruppen</b><br>Leerstandswohnungen in Barenburg;<br>- Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004                                     |
| 9.  | 14/1512-00         | Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, einspuriger Verkehr und Parkmöglichkeiten vor der Post;<br>- Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004                  |
| 10. | 14/1503-00<br>Nord | <b>Beschlussvorlage</b><br>Startnotiz Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Windpark Delfzijl   |
| 11. | 14/1123-01         | <b>Anträge von Fraktionen/Gruppen</b><br>Bebauungsplan D 4 A II. Änderung (Petkum, zwischen Sportplatz und der Zuwegung zum Bootshafen);                    |

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

- 12. 14/1501-00
  - Antrag der FDP-Fraktion vom 13.12.2004
  - Antrag der Fraktion SPD und FDP vom 21.10.2003Darstellung der Baulandsituation in Emden;
- 13. 14/1505-00
  - Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.01.2005Installation einer Lärmschutzwand auf der Nordseite der A 31 in Höhe Gretus-Dirksen-Siedlung;
- 14. 14/1509-00
  - Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2004Nutzung des Deichverteidigungsweges von Jarßum bis Gandersum als Rad- und Spazierweg im Winterhalbjahr;
- 15. 14/1510-00
  - Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.01.2005Dorferneuerungsplan für Twixlum
- 16. 14/1516-00
  - Sachstandsbericht;
  - Anfrage der FDP-Fraktion vom 09.01.2005Verlängerung des Fahrradweges am Ems-Seiten-Kanal bis zum Klappweg Petkum;
- 17. 14/1517-00
  - Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004Teekabfuhrweg – Verlegung der Grenze um ca. 3 m;
- 18. mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 19. Anfragen

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

### **Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift Nr. 40 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 02.12.2004 wird einstimmig genehmigt.

### **Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen seitens der anwesenden Zuschauer gestellt.

## ANTRÄGE VON FRAKTIONEN / GRUPPEN

- Punkt : 5** Vorlage 14/1515-00  
Rückbau der Busspur;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.01.2005

**Herr Bongartz** führt erklärend zu dem von seiner Fraktion gestellten Antrag aus, dass ein Rückbau der Busspur auch eine Forderung des CDU Kommunalwahlprogrammes gewesen sei. Er weist auf den § 41 der Straßenverkehrsordnung (StVO) (Anlage) hin, aus dem für ihn klar hervorgehe, dass für die Busspur keine rechtliche Handhabe bestehe, da u. a. die Menge der Verkehrsteilnehmer nicht vorhanden sei und auch kein Zuwachs des öffentlichen Verkehrs zu erwarten sei.

Aus seiner Sicht sei es ebenfalls wenig sinnvoll, die Busspur zeitlich zu begrenzen, da sie über Tag wenig befahren werde und nachts gar nicht. Zu überlegen wäre, ob man die Busspur für Taxifahrer freigeben solle.

Es bestünde zudem eine Gefahr für den Pkw-Verkehr, da bei Nässe die Fahrbahnmarkierung schlecht zu sehen und die Straße für den Individualverkehr recht schmal sei.

Aus Gründen der Verkehrsberuhigung sei die Busspur in Friesland angebracht, keine Berechtigung habe allerdings für ihn die Busspur in Harsweg.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

**Herr Docter** verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage Nr. 14/1515-00. Er macht noch einmal deutlich, dass im Verwaltungsausschuss am 04.03.1991 beschlossen worden sei die Struktur des damaligen ÖPNV zu untersuchen, Maßnahmen zur Beschleunigung zu entwickeln und diese auch umzusetzen. Hierauf sei ein Maßnahmenpaket, bestehend aus Busspur, Busvorrangschaltung und Einrichtung eines Verkehrsrechners zur Beschleunigung des ÖPNV vorgelegt und die Umsetzung einstimmig beschlossen worden. Der Beschluss des Bauausschusses am 27.08.1991 habe dann zum Inhalt gehabt, ein Verkehrsleitkonzept Innenstadt als Fortschreibung des Generalverkehrsplanes zu entwickeln und dieses Konzept sei dann im VA am 09.05.1994 einstimmig beschlossen worden.

Ein weiterer Baustein in diesem Zusammenhang stelle dann auch die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes und des ZOB dar. Zudem müsse man bedenken, dass eine Schwächung des Gesamtkonzeptes durch Herauslösen eines Bausteines unter Umständen auch zu einer Überprüfung der Förderung der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes führen könne, da im ungünstigsten Fall die Vertaktung des Stadtverkehrs und somit des Rendezvous-Systems mit der zentralen Haltestelle am Bahnhof nicht mehr aufrecht gehalten werden könne.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung dringend, das Gesamtpaket zur Förderung des ÖPNV in Emden in der heutigen Form beizubehalten und weiter zu optimieren und auf den teilweisen Rückbau der Busspuren zu verzichten.

Ausdrücklich hinweisen müsse er auf die Zweckbindungsfrist der Stadt Emden für die geförderten Bestandteile. Diese seien zwar im Dezember 2004 ausgelaufen, im Rahmen des Gesamtkonzeptes seien jedoch auch die Steuerungsanlagen in den Bussen für die Beeinflussung der Lichtsignalanlagen gefördert worden, wofür verschiedene ortsansässig Firmen Fördermittel des Landes erhalten hätten. Für die Förderung von Verkehrsbetrieben seien die Fristen der Richtlinie zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz analog zur Förderung von Linienomnibussen anzuwenden, so dass die Bindungswirkung für die an die Firma Weser-Ems Bus GmbH (WEB) geleistete Förderung am 30.06.2006 und für die an Reiters`s Reisen kurze Zeit später ausliefen.

**Herr Bornemann** betont ausdrücklich, dass sich die SPD dem Antrag der CDU nicht anschließen werde. Seine Fraktion stehe hinter dem Verkehrskonzept der Verwaltung und er erinnere an den vom Rat verabschiedeten Verkehrsentwicklungsplan. Außerdem sei Harsweg die bestfrequentierte Strecke und der Bus könne seiner Meinung nach den Zeitplan aufgrund des hohen Individualverkehrs nicht einhalten. Man könne erneut darüber diskutieren, ob denn die Busspur sinnvoll sei oder nicht, aber er sei der Meinung, dass die Verwaltung hierzu über die Vorlage ausführlich Stellung genommen habe.

**Herr Stolz** gibt seine volle Übereinstimmung mit der Verwaltung bekannt.

Auch das Wahlprogramm der FDP habe, so **Herr Melles**, eine Überprüfung der Busspur enthalten. Man halte allerdings die Abschaffung zum jetzigen Zeitpunkt für unglücklich, da man keine Teile aus dem Gesamtkonzept des ÖPNV herausnehmen könne.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

Beschluss: Die bestehende Busspur ist zurück zu bauen und die Signalanlagen sind den neuen Gegebenheiten anzupassen mit dem Ziel, die bestehende Verkantung sicherzustellen und wo möglich zu optimieren. Diese Maßnahme muss förderungsmittelunschädlich geschehen. Die Busspur im Stadtteil Friesland sollte aus Gründen der Verkehrsberuhigung erhalten bleiben.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 003

Dagegen: 008

Enthalt.: 000

### MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 6 Vorlage 14/492-04  
Sanierung Barenburg - Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt Barenburg"-  
Zwischenbilanz 1999-2004

**Herr Lutz** entschuldigt an dieser Stelle den Oberbürgermeister, der wegen eines dringenden Arzttermines verhindert sei. Das Thema „Sanierung Barenburg“ sei aber ein so wichtiges Thema, dass dies nicht habe verschoben werden können.

**Herr Lutz** appelliert an die Einigkeit in der Zusammenarbeit mit dem Beirat, nur so könne man den Stadtteil attraktiv gestalten.

Er weist auf den Zeitdruck hin unter dem man stehe, denn die beantragten EU-Mittel für den Abriss der Glaspaläste gebe es nur noch bis einschließlich 2006. Die Signale der Fondsgesellschaft, der Gebäude und Grundstück gehören, den Komplex für einen Euro zu verkaufen, seien positiv.

In seinem Power-Point-Vortrag führt **Herr Fortmann** aus, dass man sich im 6. Jahr der Sanierung befinde, was Anlass für eine Rückschau gebe. Das Sanierungsgebiet in Barenburg umfasse 95 Hektar, wozu auch große Teile des 33 ha großen Kasernengeländes gehörten. Es seien 12,5 Mio. Euro seit dem Start der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ im Jahre 1999 bereitgestellt bzw. bis zum Jahre 2006 verplant worden.

Der größte Teil dieser Summe sei als Zuschüsse von der Europäischen Union und aus der Städtebauförderung des Bundes und des Landes Niedersachsen geflossen. Die Stadt habe einen Eigenanteil in Höhe von 3,8 Mio. Euro aus dem Haushalt aufzubringen. Die Sanierung werde bis zum Jahre 2012 abgeschlossen sein.

Besonders erwähnenswert seien unter anderem die Maßnahmen zur Erschließung der Gorch-Fock-Straße und der Hermann-Allmers-Straße. Als weitere Maßnahmen und Projekte seien noch zu nennen die Einrichtung eines Jugendtreffs, die Multifunktionsfläche sowie das Kultur- und Bürgerzentrum im Bunker Barenburg und vieles mehr.

Dieses umfangreiche Sanierungsprogramm habe dazu geführt, dass sich die Einwohnerzahlen wieder stabilisiert haben. Sie liegen zurzeit bei ca. 5.000 mit leicht steigender Tendenz. Man habe hier die ganze Welt in einem Stadtteil.

Für die Jahre 2005 und 2006 plane man die Neugestaltung der Schulhöfe der Schulen Barenburg, Grüner Weg und Pestalozzi, wofür 563.000,-- Euro zur Verfügung stünden. Für die Umgestaltung des Spielplatzes in der Gustav-Freytag-Straße verfüge man über 76.000,-- Euro und für die Verlängerung des Rad- und Fußweges am Treckfahrtstief bis zur Gorch-Fock-Straße über 50.000,-- Euro.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

Für den geplanten Abriss des westlichen „Glaspalastes“ stünden 1.000.000,-- Euro zur Verfügung. Hier müsse man allerdings noch auf eine verbindliche Zusage des Immobilienfonds warten, die für März 2005 angekündigt sei. Dieser Abriss habe für den Stadtteil Barenburg Signalwirkung und werde auch von Seiten der Bevölkerung und der Politik sehr begrüßt.

Für 2007 plane man die Umgestaltung der Geibelstraße, die Platzgestaltung vor der Pauluskirche, die Verlängerung der Gorch-Fock-Straße sowie die Wohnraummodernisierung/Wohnfeldverbesserung. Dabei wies **Herr Fortmann** ausdrücklich darauf hin, dass der Beirat lediglich Anregungen für letztere Maßnahme schaffen könne, für die Umsetzung seien die Wohngesellschaften verantwortlich.

**Herr Fortmann** bedankt sich für die bisherige gute Zusammenarbeit des Beirates, der Verwaltung und der Politik. Man habe eine schöne städtebauliche Struktur im Stadtteil Barenburg und ein Rückblick in 10 bis 15 Jahren wäre sehr lohnenswert.

**Herr Bongartz** erinnert zum einen wiederholt an den schlechten Zustand der Poppe-Folkerts-Straße.

Zum anderen hebt er die hervorragend geleistete Arbeit von **Herrn Fortmann** hervor, dessen Name seiner Meinung nach große Wertschätzung genieße.

Ferner ist er der Ansicht, dass Gebäude einen Stadtteil ausmachen. Bei den Glaspalästen handele es sich aber um eine städtebauliche Todsünde, daher sei der Abriss sehr zu begrüßen und werde als Signal gebraucht. Es sei außerdem schon jetzt eine erhebliche Verbesserung des Wohnumfeldes erreicht worden.

**Frau Eilers** weist auf die Konflikte hin, die gezeigt hätten, dass Mängel bei der Verteilung der Aufgaben und Befugnisse bestünden. Zuständigkeiten müssten hier klar festgelegt werden. Außerdem wüsste Frau Eilers gerne wie das Büro Qualitätsmanagement besetzt sei.

**Herr Bornemann** und **Herr Stolz** bedanken sich ebenfalls bei **Herrn Fortmann** für den gelungenen Vortrag.

**Herr Bornemann** stellt fest, dass in den vergangenen fünf Jahren viel für den Stadtteil getan worden sei, was die ungeteilte Zustimmung der SPD finde. Auch er spreche sich für den Abriss der Glaspaläste als Symbolwirkung aus.

Insgesamt sei der Bericht sehr positiv und man könne die Bemühungen nur begrüßen. Gefallen finde er besonders an der guten Radverbindung am Treckfahrtsweg und an dem Bau des Spielplatzes.

Er sehe die schwierige Zusammenarbeit mit den auswärtigen Wohnbaugesellschaften, bat aber die Verwaltung hier weiter am Ball zu bleiben.

**Herr Odinga** spricht die dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen an.

**Herr Stolz** bemängelt, dass zu wenig Geld in Sozialmaßnahmen fließe. Die Bilder zeigten zwar einen Fortschritt, auf angemessene Gesprächsstrukturen müsse aber geachtet werden, sonst komme man zu keinem positiven Ende.

**Herr Lutz** gibt an, dass es noch keine konkreten Nutzungskonzepte für das neue Kultur- und Bürgerzentrum gebe und die Stadt auf der Suche nach einem Träger sei. Mit der Konzeption für das Haus werde die Firma „Outlaw“ beauftragt, die Erfahrungen mit einer Mehr-Generationen-Nutzung habe. Alle Interessenten im Stadtteil sollten berücksichtigt werden.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

Die Stelle des Quartiermanagers soll neu ausgeschrieben werden, wobei der Manager nicht nur Mittler zwischen Stadtteilbeirat und Stadt sein, sondern auch allgemeine Aufgaben übernehmen solle. Gesucht werde eine Person mit Kenntnissen in der Stadtplanung.

Zur Kritik von **Herrn Stolz** sei zu sagen, dass fast sämtliche Mittel nichts anderes seien als die klassische Städtebauförderung.

**Herr Bornemann** ist der Meinung, dass man einen Träger nicht in ein Konzept zwingen solle. Es müssten Gespräche geführt werden, um mit dem Träger zusammen ein Konzept zu erstellen.

**Frau Eilers** weist darauf hin, dass die Angebote des Kulturzentrums nicht nur für die Bewohner aus dem Stadtteil Barenburg zu nutzen seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 7** Vorlage 14/1488-00  
Bebauungsplan D 82 A, 3. Änderung (Stadtteil Barenburg, Grüner Weg, Wilhelm-Hauff-Straße);  
Aufstellungsbeschluss (Stadium I)

**Herr Bornemann** begrüßt den Bebauungsplan als richtigen Schritt in die Zukunft, denn eine große Zahl der Bewohner sei aus diesem Stadtteil verzogen, weil es bisher kein Bauland gegeben habe.

**Herr Odinga** spricht sich im Namen seiner Fraktion ausdrücklich für die Variante II (Einfamilienhausbebauung) aus.

Beschluss: Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes wird durchgeführt.  
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist in der Anlage dargestellt.

Der Vorentwurf zum Bebauungsplan wird im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von 3 Wochen öffentlich ausgestellt.

Ergebnis: einstimmig

### A N T R Ä G E V O N F R A K T I O N E N / G R U P P E N

**Punkt : 8** Vorlage 14/1513-00  
Leerstandswohnungen in Barenburg;  
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004

**Herr Bornemann** ist der Auffassung, dass in der Leitlinie zur Wohnungsentwicklung hierüber schon ausreichend informiert worden sei. Er findet es nicht in Ordnung, dass der Ausschuss sich erneut damit befassen solle und ist der Meinung, dass Anfragen in solcher Form zukünftig unterbleiben müssten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

**Punkt : 9** Vorlage 14/1512-00  
Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, einspuriger Verkehr und Parkmöglichkeiten vor der Post;  
-Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004

**Herr Docter** weist auf den vom Ausschuss gewünschten Vortrag der Mitarbeiter des Büros Schnüll, Haller und Partner hin und fasst die Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage kurz zusammen.

Der Bahnhofsvorplatz sei quasi die „Haustür Emdens“, daher habe man eine Umgestaltung beschlossen. Priorität habe der sichere Fußweg für die Bahnbenutzer zur Bushaltestelle sowie zu den Taxen. Außerdem sei man bemüht, eine bessere Abstellmöglichkeit für Fahrräder zu schaffen.

**Herr Bongartz** möchte wissen, ob die gezeigte Skizze die gleiche sei, die zur Ausführung gekommen sei und die zur Genehmigung vorgelegen habe. Vor dem Fußgängerüberweg sei eine riesige „Nase“ eingebaut worden, die den gesamten Verkehrsablauf schwierig zu machen scheine für Busse und Lkw`s. Auch entspreche sie nicht den vorgelegten Planungen.

**Herr Docter** gibt zu bedenken, dass die Bauphase noch nicht abgeschlossen sei. Der schwarze Asphalt werde noch rausgefräßt und durch roten ersetzt, so dass sich im Augenblick eine verkehrte Sicht ergebe. Der rote Asphalt könne allerdings aufgrund der Witterung nicht eingebaut werden. Nach der Fertigstellung werde man eine Begehung mit dem Stadtentwicklungsausschuss anstreben.

Die gewünschte Bevorrechtigung der Busse, Taxen, Fußgänger und Radfahrer sei voll erreicht. In ca. zwei Wochen entflechte sich der gesamte Bereich durch die Fertigstellung der Parkplätze und Stauschleifen sowie die Fertigstellung der Beschilderung. Das Bussystem müsse noch gefertigt werden, außerdem der Neubau der Taxenzentrale sowie die Umsetzung des Toilettengebäudes.

Abhängig von der Witterung rechne man mit der Fertigstellung des Bahnhofsvorplatzes Ende März/Anfang April.

**Frau van Zadel** erklärt, dass laut einer von ihrem Büro gemachten Untersuchung der Rückstau an verschiedenen Tagen unterschiedlich groß sei. Insgesamt sei aber zu berichten, dass die Verkehrsqualität an den Knotenpunkten „Polizei“ recht gut sei und im Bereich des „Wasserturmes“ befriedigende Qualitäten aufweise. Größere Rückstaus hätten sich an beiden Knotenpunkten nicht ereignet.

Dadurch, dass der vordere Bereich noch markiert werde und zwei weitere Stauschleifen eingebaut und aktiviert würden, ergebe sich ein schneller Abfluss des aufgestauten Verkehrs, wie **Frau van Zadel** anhand eines Videos vorführte.

Ein von **Herrn Docter** am 18.01.2005 geführtes Gespräch mit der Post hatte zum Inhalt, dass die massiven Parkprobleme, speziell in der Vorweihnachtszeit, gelöst werden sollten. Die Post habe zugesagt, 20 zusätzliche Parkplätze und eine Wendemöglichkeit zu schaffen, so dass das Problem gelöst sei. Er weise aber ausdrücklich darauf hin, dass dies nicht die Sache der Verwaltung sondern der Post sei.

Seit kurzem befände sich ein Autofahrerbriefkasten in der Jungfernbrückstraße, an der Bushaltestelle Richtung Larrelt, damit sei eine stadtnahe Möglichkeit zum Briefeinwurf geschaffen.



## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

**Herr Stolz** stellte fest, dass durch die neue Gestaltung auch die umliegenden Gebäude aufgewertet würden. Er bemängelt allerdings, dass die Ecke zur Ausfahrt Larrelter Brücke „angeknabbert“ sei. Zudem sollte das geplante Fahrradparkhaus größer sein als die jetzt geplante Fahrradabstellanlage.

Er fragt an, ob die Verwaltung seinerzeit einen anderen Plan vorgelegt habe. Er meine sich zu erinnern, dass es dort einen Schwenk in die Ringstraße gegeben habe und bitte die Verwaltung um einen Bericht, wie man dies kurzfristig erreichen könne. Damit habe dann das Parkhaus auch eine bessere Anbindung.

**Herr Buisker** ist der Auffassung, dass der Platz sehr gelungen sei. Er sei der Meinung, dass sich die Probleme mit der Fertigstellung lösen würden, lediglich die Lampe vor der Post solle versetzt werden, denn sie sei bereits 4 mal angefahren worden.

**Herr Bornemann** gibt sich mit der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes nicht so zufrieden, da es keinen Platz zum raus und rein fahren gebe.

Er möchte wissen, wie das mit den Parkplätzen für die Bahnbenutzer geregelt werde. Werde die Bahn hier die Bewirtschaftung durchführen oder die Stadtverwaltung. Er möchte sicherstellen, dass die dort vorhandenen Parkplätze auch Bahnbenutzern zur Verfügung stünden. Ansonsten sehe seine Fraktion dort nicht so viele Probleme.

**Herr Docter** erklärt, dass die „Nase“ lediglich 6 m betrage und notwendig sei für die Begrenzung zum ZOB. Die Genehmigungsbehörde habe hierauf bestanden und auch aus Sicherheitsgründen sei dies notwendig.

Hilfreich zur Verkehrsregelung sei dann mit Sicherheit die noch fehlende Markierung, die eine schnelle Auflösung des Verkehrs bewirke.

Das Geländer zum Fußweg an der Brücke sei nur entfernt worden, der Weg selber sei weder breiter noch schmaler geworden, hier handele es sich um eine optische Täuschung.

Zu dem Fahrradparkhaus sei noch anzumerken, dass diese Maßnahme nicht vom Land gefördert worden sei.

**Herr Docter** sieht in dem Bau der Taxenzentrale auf dem Bahnhofsvorplatz eine soziale Kontrolle, da diese 24 Stunden am Tag besetzt sei. Hierdurch erhielten die Bahnbenutzer eine zusätzliche Sicherheit.

Zu den Bahnhofsparkplätzen sei noch anzumerken, dass es hier eine normale Bewirtschaftung durch die Stadt gebe. Für Dauerparker müssten Sonderregelungen geschaffen werden in Form einer Möglichkeit für ein 24-Stunden-Ticket, die man an entsprechenden Automaten beziehen könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 10** Vorlage 14/1503-00  
Startnotiz Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Windpark Delfzijl Nord

Zur Vorlage Startnotiz Umweltverträglichkeitsprüfung wurde keine weitere Erklärung gewünscht, da bereits im vergangenen Ausschuss hierüber ausführlich berichtet worden sei.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

Beschluss: Im Beteiligungsverfahren gibt die Stadt Emden die der Vorlage 14/1503-00 als Anlage beigefügte Stellungnahme ab.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 11** Vorlage 14/1123-01  
Bebauungsplan H 4 A II. Änderung (Petkum, zwischen Sportplatz und der Zuwegung zum Bootshafen);  
- Sachstandsbericht  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.12.2004- Antrag der Fraktionen SPD und FDP vom 21.10.2003

Zur Anfrage Bebauungsplan D 4 A II. Änderung wurde kein Vortag gewünscht, da dieser Punkt ausreichend über die Vorlage beantwortet wurde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 12** Vorlage 14/1502-00  
Darstellung der Baulandsituation in Emden;  
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 04.01.2005

**Herr Lutz** gibt bekannt, dass er mit dem Vorstandsmitglied der Bank gesprochen habe. Dieser habe nicht die Baulandpolitik der Stadt Emden kritisieren wollen, er habe lediglich den Vorteil der Stadt Leer gegenüber Emden angesprochen und sei wohl falsch verstanden worden. Er bitte die Stadt Emden um Entschuldigung.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 13** Vorlage 14/1505-00  
Installation einer Lärmschutzwand auf der Nordseite der A 31 in Höhe der Gretus-Dirksen-Siedlung;  
- Antrag der CDU-Fraktion von 26.09.2004

**Herr Odinga** stellt fest, dass es für die Bürger an der Gretus-Dirksen-Siedlung nicht nachvollziehbar sei, warum sich in diesem Bereich keine Lärmschutzwand befinde.

**Herr Stolz** gibt zu bedenken, dass jährlich ca. 2.000 Menschen durch Verkehrslärm sterben, daher könne er den Antrag der CDU-Fraktion nur ausdrücklich begrüßen. Das Problem müsse für die Anwohner unbedingt gelöst werden.

Auf eine entsprechende Frage von **Herrn Buisker** erklärt **Herr Docter**, dass an der Nordseite der A 31 der alte Planfeststellungsbeschluss von 1979, der keine Lärmschutzwand vorsah, gelte. Gegen diesen Beschluss sei seinerzeit für die Südseite erfolgreich geklagt worden, deshalb sei hier eine Lärmschutzwand vorhanden. Für die Nordseite sei dies unterblieben. Die Straße liege außerdem im Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamtes Aurich, daher wären alle zu veranlassenden Maßnahmen durch die Stadt Emden freiwillige Leistungen. Die Verwaltung könne das Straßenbauamt Aurich zu keiner Handlung zwingen, man könne nur erneut das Gespräch suchen, um evtl. eine wiederholte Prüfung der Schallemission durchzuführen.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

**Herr Melles** ist der Meinung, dass es Mittel und Wege geben müsse, hier für die Bürger etwas zu bewirken. Er regt daher an, sich an die „Aktionsgemeinschaft Straße“ zu wenden, um hier etwas zu bewegen.

**Herr de La Lanne** und **Herr Docter** weisen für die Verwaltung ausdrücklich darauf hin, dass man für die Bürger Verständnis habe, es aber, wie schon in der Vorlage ausführlich dargelegt, für die Verwaltung keine rechtliche Handhabe gebe, da dies fremder Boden sei. Man wolle von Seiten der Verwaltung den Vorschlag aufgreifen sich an die „Aktionsgemeinschaft Straße“ zu wenden, um evtl. auf diesem Wege eine Lösung zu finden.

**Herr Odinga** stellt fest, dass es für die Bürger an der Gretus-Dirksen-Siedlung nicht nachvollziehbar sei, warum sich in diesem Bereich keine Lärmschutzwand befinde.

**Herr Stolz** gibt zu bedenken, dass jährlich ca. 2.000 Menschen durch Verkehrslärm sterben, daher könne er den Antrag der CDU-Fraktion nur ausdrücklich begrüßen. Das Problem müsse für die Anwohner unbedingt gelöst werden.

Auf eine entsprechende Frage von **Herrn Buisker** erklärt **Herr Docter**, dass an der Nordseite der A 31 der alte Planfeststellungsbeschluss von 1979, der keine Lärmschutzwand vorsah, gelte. Gegen diesen Beschluss sei seinerzeit für die Südseite erfolgreich geklagt worden, deshalb sei hier eine Lärmschutzwand vorhanden. Für die Nordseite sei dies unterblieben. Die Straße liege außerdem im Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamtes Aurich, daher wären alle zu veranlassenden Maßnahmen durch die Stadt Emden freiwillige Leistungen. Die Verwaltung könne das Straßenbauamt Aurich zu keiner Handlung zwingen, man könne nur erneut das Gespräch suchen, um evtl. eine wiederholte Prüfung der Schallemission durchzuführen.

**Herr Melles** ist der Meinung, dass es Mittel und Wege geben müsse, hier für die Bürger etwas zu bewirken. Er regt daher an, sich an die „Aktionsgemeinschaft Straße“ zu wenden, um hier etwas zu bewegen.

**Herr de La Lanne** und **Herr Docter** weisen für die Verwaltung ausdrücklich darauf hin, dass man für die Bürger Verständnis habe, es aber, wie schon in der Vorlage ausführlich dargelegt, für die Verwaltung keine rechtliche Handhabe gebe, da dies fremder Boden sei. Man wolle von Seiten der Verwaltung den Vorschlag aufgreifen sich an die „Aktionsgemeinschaft Straße“ zu wenden, um evtl. auf diesem Wege eine Lösung zu finden.

**Beschluss:** Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:  
„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, kurzfristig nach Möglichkeiten zur Installation einer Lärmschutzwand in Höhe der Gretus-Dirksen-Siedlung in Emden-Harsweg zu suchen.“

Ergänzend sollte zu dem Beschluss hinzugefügt werden:  
„Die Verwaltung wird gebeten, sowohl Gespräche mit dem Straßenbauamt Aurich als auch der „Aktionsgemeinschaft Straße“ zu führen.“

**Ergebnis:** Einstimmig

**Punkt : 14** Vorlage 14/1509-00  
Nutzung des Deichverteidigungsweges von Jarßum bis Gandersum als Rad- und Spazierweg im Winterhalbjahr;  
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.01.2005

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

Die Öffnung des Rad- und Spazierweges durch die Moormerländer Deichacht erfolgte, wie in der Vorlage 14/1509-00 beschrieben, Anfang Januar 2005. Der Antrag ist damit erledigt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 15** Vorlage 14/1510-00  
Dorferneuerungsplan für Twixlum- Sachstandsbericht  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 09.01.2005

Der Antrag wurde über die Vorlage hinreichend beantwortet, weiterer Vortrag wurde nicht gewünscht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 16** Vorlage 14/1516-00  
Verlängerung des Fahrradweges am Ems-Seiten-Kanal bis zum Klappweg  
Petkum;  
- Anfrage der FDP-Fraktion vom 13.12.2004

Der Antrag wurde über die Vorlage hinreichend beantwortet, weiterer Vortrag wurde nicht gewünscht.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 17** Vorlage 14/1517-00  
Teekabfuhrweg - Verlegung der Grenze um ca. 3 m;  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.12.2004

**Herr de La Lanne** verweist auf die von der Verwaltung gegebene Stellungnahme. Mit Schreiben vom 24.01.2005 habe man den Umweltminister Sander angeschrieben. Für den nächsten Stadtentwicklungsausschuss habe man Herrn Kalberlah vom Büro Kalberlah Bodenbiologie um einen Vortrag zum Sachstand gebeten.

**Herr Stolz** ist der Meinung, dass der Umweltminister Sander eine schlechte Presse habe und man ihn nicht unbedingt unterstützen solle.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 18** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### **18.1**

**Herr Docter** teilt mit, dass zwischenzeitlich ein Bescheid der Landesnahverkehrsgesellschaft bezüglich der Regionalisierungsmittel eingegangen sei. Der Betrag in Höhe von 139.651,95 Euro werde danach in vier Abschlagszahlungen der Stadt Emden zugehen. Die Verwendung dieser Mittel sei seitens der Verwaltung bereits in einem Antwortschreiben an Herrn Haase, das alle Fraktionen in Durchschrift erhalten haben, vorgeschlagen worden.

### **18.2**

**Herr Docter** gibt bekannt, dass man im Zuge der Dorferneuerung Twixlum mit dem AfA in Verhandlung getreten sei, dies werde man im Wirtschaftsausschuss noch näher behandeln. Für die kommende Woche (5. Kalenderwoche) sei mit dem AfA ein Termin vereinbart worden, in dem es um den Vertrag über die Dorferneuerung ginge und man hoffe auf einen Ab-

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

schluss. Ein externes Büro sei dann Anlaufstelle für private Maßnahmen der Anwohner. Dieses Büro bleibe für die Dauer von 8 Jahren vor Ort.

### **Punkt : 19**      Anfragen

#### **19.1**

**Frau Eilers** hat der Presse entnommen, dass im Stadtgebiet Emden eine Eislaufbahn geplant sei. Sie begrüße dieses sehr und möchte an dieser Stelle an die neue Marketingfirma appellieren, diese Maßnahme nach vorne zu bringen.

Auch **Herr de La Lanne** begrüßt die geplante Eisbahn. **Herr Harders** von der Marketingfirma stehe dieser Sache auch positiv gegenüber, man müsse hierfür aber einen geeigneten Träger finden, denn die Stadt Emden sehe sich nicht in der Lage, diese Maßnahme zu finanzieren.

#### **19.2**

**Herr Stolz** erkundigt sich nach dem Schreiben von **Herrn Schramm**, gerichtet an den Fachdienst Umwelt, **Herrn Kinzel**, bezüglich der Verwendung von Tropenholz für die Baumaßnahme Petkumer Siel.

#### **Anmerkung der Protokollführerin:**

Das an **Herrn Schramm** gerichtete Antwortschreiben liegt dem Protokoll als Anlage bei.

#### **19.3**

**Herr Woldmer** möchte wissen, wann mit einer Begehung des fertigen Bahnhofsvorplatzes zu rechnen sei.

**Herr Docter** entgegnet, dass mit der Fertigstellung, falls die Witterung es zulasse, Ende März/Anfang April zu rechnen sei. Dann wolle man den Stadtentwicklungsausschuss zu einer Besichtigung vor Ort einladen

#### **19.4**

**Herr Woldmer** merkt an, dass der Stadtentwicklungsausschuss aufgrund seiner umfangreichen Tagesordnung sehr unter Zeitdruck gerate. Er bitte die Verwaltung zu überlegen, ob es nicht möglich sei, zusätzlich einen Ausschusstermin anzuberaumen.

**Herr de La Lanne** weist darauf hin, dass die Verwaltung gem. Nds. Gemeindeordnung (NGO) verpflichtet sei, Anfragen der Fraktionen im Ausschuss zu behandeln. Die Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung seien aufgrund der vielen Anträge der Fraktionen zustande gekommen. Er gibt bekannt, dass der nächste Stadtentwicklungsausschuss am 17. Februar stattfindet und es im März einen gemeinsamen Ausschuss Stadtentwicklung und Wirtschaft-, Hafen-, Tourismus geben werde, so dass man pro Monat einen Ausschusstermin habe. Es bleibt ihm nur, die Fraktionen zu bitten, weniger Anträge zu stellen.

#### **19.5**

**Herr Buisker** möchte wissen, wie der aktuelle Stand der Dinge in Sachen „Mississippi Queen“ sei.

## **Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 27.01.2005**

---

**Herr Docter** berichtet, dass der Bauantrag genehmigt sei. Hier habe man auf eine Stellungnahme der Polizei warten müssen, die aber inzwischen vorliege. In den nächsten Tagen werde er verschiedene Telefonate führen müssen, über deren Ergebnis er im nächsten Ausschuss berichten werde.

### **19.6**

**Herr Janssen** möchte wissen, ob der Verkehr in die Große Straße freigegeben worden sei.

**Herr Münch** entgegnet, dass sich an der Nichtbefahrbarkeit bzw. der Beschilderung der Großen Straße nichts geändert habe. Es bestehe weiterhin nur eine Erlaubnis zum Befahren während der angegebenen Zeiten. Eventuell müsse man hier stärkere Kontrollen durchführen, allerdings sei es nur der Polizei erlaubt, fließenden Verkehr aufzuhalten.